

UNSERE SICHERHEIT EUROPA

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Aus dem Inhalt:

■ Unsicherheitspolitik	1
■ Europa und Amerika driften auseinander	1
■ EuroDefense-Tagung in Baden	2
■ Perspektiven nach dem Ende des Irak Krieges	2
■ Kutz notiert	3
■ Dokumentation	4

Unsicherheits- politik

"Dir fehlen Flügel und du möchtest fliegen? Krieche!" Noch ist es Zeit, diesem satirischen Rat Voltaires nicht zu folgen. Denn für Abfangjäger ist es wahrlich Zeit. Aus der Beliebigkeit, die von außen wie eine



Prof. Klaus Emmerich

Komödie und innen wie eine Tragödie wirkt, muss sich die Republik aus Selbsterhaltungstrieb, Verfassungstreue und Bürgersinn schleunigst und endgültig verabschieden. Dilettanten, selbsternannten Experten und Brunnenvergiftern kann eine zentrale Frage rot-weiß-roter Sicherheitspolitik nicht weiter überlassen bleiben. Von Unsicherheitspolitik haben wir genug.

Es müsste sich allmählich herumgesprochen haben, was Kennern und Könnern seit langem geläufig ist, dass die Souveränität eines, unseres Landes nicht wenige Zentimeter über dem Boden enden darf. Auch ohne das Bedrohungspotential, wie es sich durch Terroristen und Abenteurer auflädt, war und ist es Pflicht und Schuldigkeit des Staates und der Regierungen, dem Bürger Schutz auch im übertragenen, modernen Sinn zu bieten.

Dies gilt erst recht bei rasant zunehmenden Bedrohungsgefahren. Würde die jetzt fällige Gelegenheit versäumt und durch faule Kompromisse und schlicht die Unfähigkeit zum Handeln ersetzt, machten sich die Verantwortlichen schuldig.

Verteidigungsminister Günter Platter ist dabei, sich am Beispiel der Abfangjäger als gestandener Tiroler zu erweisen. Er handelt. Keine Chance mehr für Fallensteller, Verleumder, Anhänger von Verschwörungstheorien und Populisten. Sie alle haben sich klammheimlich oder laut tönend bemüht, den Bürger für dumm zu verkaufen. Feblgeschlagen. Sicherheitspolitik ist etwas anderes als Unsicherheitspolitik. In Zeiten wie diesen muss die Republik kalkulierbar sein – auch in der Luft.

Europa und Amerika driften auseinander

Dr. Erich HOCHLEITNER

Die Irakkrise hat der breiten europäischen Öffentlichkeit bewusst gemacht, dass Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika auseinander driften und diplomatische Freundschaften sind nicht mehr in der Lage, die gewachsene Kluft zwischen den USA und Europa zuzudecken.

Der Prozess der Auseinanderentwicklung hat mit dem Ende des Kalten Krieges eingesetzt. In den letzten Jahren entwickelte sich die alleinige Supermacht USA zu einer einzigartigen Militärmacht, die heute in der Lage ist, mit einem Minimum an eigenen Verlusten weltweit militärisch zu intervenieren. Zwischen Amerikanern und den europäischen Verbündeten entstand eine ernste militärische Fähigkeitslücke, die nicht nur gemeinsames militärisches Vorgehen schwierig macht, sondern auch dazu geführt hat, dass die USA Europa nicht mehr als einen ernst zu nehmenden Partner ansehen. Die USA und Europa verbinden zwar nach wie vor das gemeinsame Bekenntnis zu Demokratie, zu Rechtsstaat und Menschenrechten, doch sind heute politische Ziele und Sichtweisen nicht mehr ident.

Die USA und Europa waren während des letzten halben Jahrhunderts vor allem durch drei Kräfte zusammengeschweißt worden: die sowjetische Bedrohung, das amerikanische Interesse an der europäischen Wirtschaft und die politischen Eliten der beiden Kontinente, die aus Gewohnheit am selben Strang zu ziehen pflegten. Doch hat sich die Situation grundlegend geändert. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschwand der gemeinsame Feind. Durch das Fehlen der Bedrohung wurde der Zusammenhalt geringer und die Zahl der Divergenzen im Bereich der internationalen Politik wurde zunehmend größer. Wirtschaftlich stehen sich die EU und die USA zunehmend als Konkurrenten gegenüber und der Euro wurde von vielen Amerikanern als Herausforderung für den US-Dollar als hauptsächliche Reservewährung gesehen. In den USA und in Europa wuchsen neue Eliten heran. Der Interessenschwerpunkt der Außenpolitik verlagerte sich für die

Amerikaner weg von Europa nach Asien und in die westliche Hemisphäre. Für die Europäer wurde der Aufbau der Europäischen Union vorrangiger und die Sicherung des europäischen Umfelds wichtiger als globales Engagement.

Es ist heute eine nicht zu übersehende Realität, dass die USA und Europa ein zunehmend unterschiedliches Bild der Welt haben und auch die Interessen der USA und Europas nicht mehr ident sind. Dies kommt nicht nur in der unterschiedlichen Wahrnehmung von Bedrohungen und unterschiedlichen Ansätzen zur Bedrohungsabwehr zum Ausdruck, sondern auch in divergierenden Meinungen darüber, wie eine globale Ordnungspolitik gestaltet werden soll, welche Rolle die nach dem 2. Weltkrieg mit starker amerikanischer Unterstützung aufgebauten multilateralen internationalen Organisationen, vor allem das System der Vereinten Nationen, in Zukunft haben sollen und welchen Stellenwert heute das Völkerrecht und internationale Verträge haben sollen. Die unterschiedlichen Sichtweisen hängen zum Teil mit dem Machtgefälle zwischen den USA und Europa zusammen.

Die Vereinigten Staaten verfügen zu Beginn des 21. Jahrhunderts über ein weltweit einzigartiges Militärpotential und sind nicht nur in der Lage, sondern auch bereit, dieses weltweit einzusetzen, wenn dies im amerikanischen nationalen Interesse erforderlich ist. Militärische Macht, die gemäß der neuen amerikanischen Sicherheitsdoktrin auch in der Form eines Präventivschlages eingesetzt werden kann, ist für die USA heute der wichtigste Garant amerikanischer Sicherheit. Instrumente der sanften Macht halten die USA für wenig wirksam und stehen diesen eher skeptisch gegenüber. Die USA versuchen gleichzeitig, Bindungen im Rahmen multilateraler Institutionen oder durch internationale Verträge zu vermeiden, da diese die Handlungsfreiheit der USA einschränken könnten. Diese grundsätzliche Politik kommt in der Ablehnung des Kyoto-Protokolls, des Internationalen

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 4

EuroDefence- Tagung in Baden

Die EuroDefence-Gruppe, ein Netzwerk von zehn unabhängigen Vereinigungen im Rahmen der Europäischen Union, deren gemeinsames Ziel es ist, die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fördern, hielt in Baden bei Wien vom 9. bis 11. Mai ihre Frühjahrs-tagung ab. EuroDefence-Gruppen bestehen derzeit in Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien, Spanien, Portugal, den Niederlanden, Luxemburg, Griechenland und Österreich.

Im Zentrum der Beratungen standen die negativen Auswirkungen der Irak-Krise auf das System der Vereinten Nationen, die Europäische Union, die NATO und auf die transatlantischen Beziehungen.

Die Teilnehmer stimmten überein, dass die gegenwärtigen Probleme die Notwendigkeit einer wirksamen und funktionierenden ESVP der EU deutlich machen. Die EU-Staaten müssen dabei die Anstrengungen verstärken, die Union mit allen notwendigen modernen militärischen Fähigkeiten auszustatten, um diese in die Lage zu versetzen, nicht nur Konflikte im Umfeld der Union zu bewältigen, sondern auch ein wirksamer politischer Akteur auf globaler Ebene zu werden.

Der Abschluss der Abkommen zwischen EU und NATO wurde als wichtiger Schritt gesehen, eine strategische Partnerschaft zwischen den beiden Sicherheitsorganisationen aufzubauen.

Die Tagung unterstützte voll die Arbeiten des Europäischen Konvents auf dem Gebiet der europäischen Verteidigungspolitik und die von Kommissar Barnier unterbreiteten Vorschläge zur Stärkung der ESVP, wie die Anpassung der Petersberg-Missionen an die neuen sicherheitspolitischen Erfordernisse, die Schaffung einer Solidaritätsklausel, die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit im militärischen Bereich und die Aufnahme einer gegenseitigen Beistandsgarantie in den neuen Unionsvertrag.

EuroDefence tritt auch für die rasche Verwirklichung einer Europäischen Forschungs- und Rüstungsagentur und die Schaffung eines einheitlichen europäischen Rüstungsmarktes ein. Als besonders vordringlich wird die Ausarbeitung und Annahme einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin angesehen, in deren Rahmen auch gemeinsame europäische Sicherheitsinteressen definiert werden sollen.

Perspektiven nach dem Ende des Irak-Krieges

Christian Clausen

Ungleich stärker als nach dem ‚Golfkrieg‘ vor 12 Jahren hat sich nach dem gerade zu Ende gegangenen Feldzug gegen den Irak eine dramatische Fülle von nicht nur regionalen, sondern auch globalen politischen Problembereichen eröffnet.

Hatte der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan noch mit der (wie sich später zeigte meist erfolglosen) Suche nach den Al Kaida Terroristen eine international akzeptierte Basis, so war dies bei den darauffolgenden Kriegsankündigungen gegen den Irak kaum mehr der Fall.

Weder die Begründungen für den Feldzug

- Vernichtung der Massenvernichtungswaffen, die den UN-Inspektoren entgangen sein sollten,
- Beendigung der Unterstützung der Terroristen Osama bin Ladens durch den Irak,
- Befreiung und Demokratisierung des irakischen Volkes,
- Regionale Befriedung des Mittleren Ostens,

noch die Argumentation und das Verhalten der USA im UN-Sicherheitsrat konnten die grundlegende Skepsis vieler Regierungen und weiter Bereiche der internationalen Öffentlichkeit gegenüber der Politik der Washingtoner Regierung zerstreuen.

Vielmehr wurde zunehmend, und vor allem nach dem Ende des Feldzuges, eine hauptsächlich rein machtpolitische Kriegsmotivation diskutiert, die den Besitz der Erdölreserven des Irak und eine Verbesserung der strategischen Sicherheit des US-Verbündeten Israel als eigentliches Kriegsmotiv in den Vordergrund rückten. Bedauerlicherweise haben sich diese Ansichten bisher kaum ausräumen lassen, oftmals sind die von Washington ausgehenden Erklärungen und Zielsetzungen sogar kontraproduktiv und liefern den Skeptikern nur zusätzliche Argumente.

Hiezu gehört etwa die Weigerung, die Kontrollorgane der UNO bei der Suche nach Massenvernichtungswaffen im jetzt besetzten Irak zur Verifikation beizuziehen, ebenso gehört dazu die offensichtliche Ungeschicklichkeit, bei der Besetzung des Landes die völkerrechtliche Verpflichtung wahrzunehmen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Infrastruktur und die Kulturgüter zu sichern.

Viele Besorgnisse über die längerfristigen Entwicklungen gehen dabei auch in Richtung Europas selbst, etwa um die Weiterexistenz der NATO im bisherigen Sinne, oder um den Ruf nach militärischer Gleichgewichtsschaffung durch eine gesamteuropäische Militärstruktur, auch die Spannungen um die Meinungs dualität innerhalb der EU durch die differente Haltung einzelner Mitglieder in der Irak-Frage spielen dabei mit.

Trotz des gut gelungenen „Embedding“ von Berichterstattern bei Kampfeinheiten und einer im Ganzen recht milden Zensur während der eigentlichen Kampfhand-



lungen haben doch viele Ungeschicklichkeiten und Versäumnisse der zentralen Medienpolitik der Regierung und in den politischen Erklärungen von offiziellen Quellen insgesamt in der Meinung vieler Kommentatoren, auch sehr vieler, die traditionell amerikafreundlich sind, den Eindruck hinterlassen, dass das offizielle Amerika wesentlich an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat seit man gegen den Irak zum Krieg angetreten ist.

Die rein militärischen, operativen und taktischen Abläufe des Einmarsches sind hier kaum relevant, die militärischen und politischen Strategien, insbesondere wenn sie auch weiterhin zu Handlungsmaximen werden sollten, bringen aber Unruhe und Besorgnis über den Kreis der betroffenen Staaten hinaus, etwa das Wiederholen der vor dem Krieg gegen den Irak und nun gegen Syrien gerichteten Anschuldigungen: „Besitz von Massenvernichtungswaffen, Verbindung und Unterstützung von terroristischen Organisationen ... Bedrohung der regionalen Stabilität und Sicherheit ...“. Deshalb ist auch sofort, nachdem diese Formeln gegen Syrien geäußert worden sind, die besorgte Frage aufgetaucht, ob das nicht schon die Einleitung des nächsten Feldzuges, ob das nicht ein weiteres Hinbewegen zu einem amerikanischen Imperialismus, zu einer regionalen weitgespannten Okkupation sei.

Manche kritische Gedanken und Erinnerungen werden dabei geweckt: Etwa die Folgen der militärischen Einsätze zur Befreiung und Demokratisierung von Ländern wie Somalia, Haiti, letztlich auch Afghanistan – und was daraus geworden ist. Gerade Staaten und Kreise, die grundsätzliche oder emotionale Vorbehalte gegen ein Hegemonieverhalten der Vereinigten Staaten haben und viel mehr zugunsten internationaler Kooperation und fester Völkerrechtsregulative und einer zentralen Rolle der Vereinten Nationen argumentieren, finden hier bedauerlicherweise Ansätze starker Kritik.

Auch andere Vorbehalte werden wieder belebt: die negative Haltung von Präsident Bush zu den Kyoto-Beschlüssen, die Ablehnung des internationalen Strafgerichtshofes durch die Regierung und den US-Senat, die abschätzigen Kommentare über den Wert des angeblich veralteten Kriegs- und Völkerrechtes, etc. Die amerikanische Langzeitpolitik sollte aber deshalb nicht automatisch mit der heutigen Politik des Präsidenten und seines Kabinetts gleichgesetzt werden, das Jahr 2004 als Wahljahr wird vermutlich klarer zeigen, wie breit das Spektrum differenter politischer Richtungen in den USA eigentlich ist (man erinnere sich nur an die Erklärung von Expräsident Carter zum Irak-Angriff!).

Die Veränderung der Haltung der USA zur nationalen und internationalen Sicherheitspolitik wurde eingeleitet durch die im vorigen Jahr veröffentlichte „New National Security Strategy“, in der man unter anderem ein deutliches Abweichen von einzelnen bisher gültigen Grundlagen des Kriegs- Völker- und Menschenrechtes deklarierte. Begründet wurde diese Strategierevision mehrfach mit der nach den Attentaten des 11. September 2001 offensichtlich gefährdeten inneren Sicherheit des Staates, die nur durch einen präventiv-offensiven Kampf gegen den Terrorismus im In- und Ausland wiederhergestellt werden könne.

Der Sinn eines größeren Regionalansatzes der USA im Mittleren Osten wird auch dahingehend hinterfragt, ob sich nicht ein „Dominoeffekt“ in ungewünschter, „verkehrter“ Richtung ausbilden könnte, wenn entgegen einer Befriedung und Demokratisierung im westlichen Sinn, eine ganze Reihe von neuen und alten Konfliktansätzen plötzlich virulent werden:

- Kurden-Türken-Konflikt um einen Kurdenstaat und die Ölfelder in Kirkuk,
- Schiiten Iraks als Verbündete des islamischen Religionsregimes im Iran,

- Einigung zahlreicher islamischer Staaten, die bisher uneins waren, in einer Frontstellung gegen die Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten (die schon diskutierte Forderung des Abzuges der US-Garnisonen aus Saudi-Arabien könnte ein Anzeichen hierfür sein).

Gerade deshalb erscheinen Zweifel nicht unberechtigt, ob eine Region wie der Mittlere Osten wirklich in relativ kurzer Zeit politisch nicht nur geeint, sondern auch im westlichen Sinn verändert werden kann, wie es seitens der amerikanischen Regierung angestrebt wird. Eine echte Demokratisierung und Verwestlichung wie in Deutschland und Japan nach dem 2. Weltkrieg erfordert eine durchdringende, gutwillige Präsenz von mehreren Jahren, etwa mit extensiven „Fulbright“-Programmen, Wirtschaftshilfe etc. und kann mit der jetzt immer wieder kommentierten „hit-and-run“-Strategie (we will be out of here as soon as possible) nicht geschaffen werden, ganz im Gegenteil, wie jetzt anhand des von den Amerikanern nicht erwarteten Reagieren der Schiiten sichtbar wurde, ebenso wie bei den Problemen der „Rückvertreibung“ der Araber aus den Kurdengebieten.

Vieles ist in unerwarteter Richtung in Fluss gekommen, weil die internationale Realpolitik dem emotionalen Drängen der amerikanischen Regierung Platz machen musste. Neue Gruppierungen, wie die Gemeinsamkeiten Russlands, Frankreichs und Deutschlands, werden aktiv, neue Frontstellungen bilden sich, die Distanz zwischen den Vereinigten Staaten und Europa ist größer geworden und verändert jahrzehntelange harmonische Beziehungsmuster.

Es wäre aber verfehlt, angesichts der vielen Imponderabilien, die sich zeigen, zu rasch pessimistische Urteile zu fällen – vor allem, wenn ganz offensichtlich viele offizielle Statements von Wunschdenken beeinflusst sind und viele Medienkommentare sich gerne Sensationellem und Dramatischem zuwenden. Beides erschwert ruhige Beurteilungen.

Die Vereinigten Staaten haben in ihrer über 200 Jahre währenden Geschichte stets zu einer Politik zurückgefunden, die sie zu einem guten und positiven Partner Europas gemacht haben. Immer wieder hat es aber auch zeitweise „imperiale“ Strömungen gegeben – dies sollte man nicht übersehen: wie etwa bei Theodore Roosevelt und seiner Expansionspolitik, aber zwischen ihm und Woodrow Wilson, der die volle Macht seiner Präsidentschaft dem Völkerbund zuwandte, lagen nur wenige Jahre.

Zitat:

“Schwierigkeiten gegenüber liegt die Weisheit nicht in der Flucht, sondern in deren Überwindung”

Paul Claudel

Kurz notiert

■ Türkei, EU-Mitglied?

Der bekannte Philosoph Rudolf Burger formuliert zur Frage der Aufnahme der Türkei in die Europäische Union kürzlich einige sehr relevante Gedanken, die ansatzweise wiedergegeben werden.

Zur Frage der Finalität Europas sei bis jetzt nichts gesagt worden, diese Frage stelle sich aber zunehmend: „Es heißt bis jetzt immer weiter, immer mehr vertiefen. Aber wie weit, das wird im Grauen gelassen. Da irritiert mich die Türkei-Debatte. Jedes politische Gebilde braucht gewisse Basishomogenitäten. Was Europa gemeinsam hat, ist die christliche Tradition, insofern als sie über die Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts hinausreicht – die Trennung Kirche und Staat. Alle Kulturen heute sind säkularisierte religiöse Kulturen. Aber eine Kultur wird dann ganz fremd, wenn sie ganz fremde religiöse Traditionen hat.“

Die äußere Schranke für die EU ist also dort, wo diese christliche Tradition zu Ende ist. Die Türken sind 80 Millionen Menschen mit viel Selbstbewusstsein und starken Traditionen – das würde den politisch-kulturellen Raum sprengen. Das heißt, wir stoßen mit dieser Erweiterung an die Grenzen. So wie Giscard gesagt hat: Rumänien und Bulgarien sind noch auf der Agenda, aber dann ist es zu Ende.“

■ Die Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson

Da der derzeitige Generalsekretär der NATO, Lord Robertson, Ende 2003 aus dem Amt scheidet, haben in der NATO die Konsultationen über seine Nachfolge begonnen.

Derzeit liegen zwei Kandidaturen vor: Antonio Vitorino, portugiesisches Mitglied der Europäischen Kommission und die norwegische Verteidigungsministerin Kristin Krohn Devold.

Sicherheitspolitische Europa-Akademie 2003, 18. bis 24. August 2003, Hotel Schloss Weikersdorf, Baden bei Wien

Das ÖIES veranstaltet vom 18. bis 24. August 2003 zum zweiten Mal in Folge die „Sicherheitspolitische Europa-Akademie 2003“ im Hotel Schloss Weikersdorf in Baden bei Wien. Die einwöchige Sommerschule bietet interessierten Personen die Möglichkeit, sich umfassend in allen wichtigen Fragen der internationalen Sicherheitspolitik aus- und weiterzubilden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der Europäischen Union. Vortragende sind österreichische und internationale Wissenschaftler und Forscher im Bereich der Sicherheitspolitik sowie Experten der Diplomatie und des Militärs. Die Vorlesungen werden in englischer Sprache gehalten.

PROGRAMM

I. Das sicherheitspolitische Umfeld 2003

- Das sicherheitspolitische Lagebild 2003
- Die Irakkrise und ihre Auswirkungen auf das internationale System

II. Die EU als politischer und sicherheitspolitischer Akteur

- Die EU als wirtschaftlicher und politischer Akteur Strukturen, Institutionen und deren Funktionieren
- Die Wertgrundlagen der Europäischen Union
- Die ESVP nach Nizza und der Aufbau militärischer Fähigkeiten Stand, Perspektiven und Herausforderungen
- Der EU-Konvent – Neue Impulse für die gemeinsame Verteidigungspolitik
- Das zivile Krisenmanagement der Europäischen Union
- Die europäischen Streitkräfte: Anforderungen des 21. JH

III. Neue Strategien

- Eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin
- Die neue amerikanische Sicherheitsdoktrin

IV. Die NATO

- Die NATO – Ihre Rolle und Politik heute

V. Der Internationale Terrorismus

- Das Netzwerk des internationalen Terrorismus
- Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus
- Die Rolle der Sicherheitsdienste im Kampf gegen den internationalen Terrorismus
- Bioterrorismus

VI. Planspiel „EU-Krisenmanagement“

Studien- und Teilnahmegebühr: EUR 1.100,-

Die Gebühr umfasst die Kosten der Unterbringung mit Vollpension. Es besteht die Möglichkeit, **Stipendien** zu beantragen, die EUR 1.000 bzw. EUR 550,- abdecken. Für nähere Informationen kontaktieren Sie uns bitte.

Kontakt und weitere Informationen:

Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES)
Tel.: 02236 41196 Fax: 02236/411969
institute@oecis.or.at www.oecis.or.at

Fortsetzung von Seite 1

Strafgerichtshofs, dem Verhalten gegenüber den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, aber auch in der negativen Haltung zu wichtigen internationalen Abrüstungsverträgen zum Ausdruck.

Das militärisch schwächere Europa der Europäischen Union setzt hingegen heute in großem Maß auf Diplomatie, friedliche Mittel der Streitschlichtung und auf Instrumente der „soft power“, über welche die EU in großem Maße verfügt. Europa tritt für den Aufbau einer internationalen Weltordnung ein, in der starke internationale Organisationen, das Völkerrecht und internationale Verträge die Macht einzelner Staaten begrenzen. Der Einsatz von Gewalt dürfe nur dann erfolgen, wenn ihr Einsatz rechtlich legitimiert ist.

Die EU hat aber auch aus den traumatischen Erfahrungen der Balkankriege gelernt, dass Europa auch autonom militärisch handlungsfäh werden muss und in Köln und Helsinki beschlossen, ein rasch einsetzbares europäisches Krisenreak-

tionskorps zur autonomen Konfliktbewältigung aufzubauen. Trotz erheblicher Fortschritte beim Aufbau dieser Kräfte wird die Beseitigung weiterhin vorhandener Fähigkeitsdefizite wie moderner Führungs- und Aufklärungssysteme, strategischer Transportkapazitäten, aber auch moderner Waffensysteme noch mehrere Jahre dauern. Erst dann wird die EU in der Lage sein, politisch und militärisch eine Rolle zu spielen, die ihrem menschlichen und wirtschaftlichen Potential entspricht.

In der Vergangenheit haben die USA den europäischen Integrationsprozess immer unterstützt und in diesem ein Mittel gesehen, der Rückkehr nationalistischer Politik in Europa entgegenzuwirken. Der Entwicklung einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) stehen die Amerikaner aber eher zwiespältig gegenüber. Einerseits drängen die USA die Europäer immer wieder, rasch einsetzbare moderne Interventionskräfte aufzubauen, wollen aber gleichzeitig nicht, dass diese eigenständig im Interesse der EU operieren können. Sie sollten vielmehr pri-

mär nur durch die NATO geführt werden. In der Irakkrise haben die USA gemeinsame EU-Organe wie die Präsidentschaft und Generalsekretär Solana systematisch umgangen und gegenüber den EU-Staaten bewusst die bilaterale Karte nach dem Grundsatz „divide et impera“ gespielt, nationale Egoismen angesprochen und Europa gespalten. Sie haben auch deutlich gemacht, dass sie von den Europäern primär uneingeschränkte Gefolgschaft erwarten. Dies ist eine neue und Besorgnis erregende amerikanische Politik.

Es liegt aber an uns Europäern, zu erkennen, dass wir in der heutigen Welt unsere Interessen gemeinsam besser wahren können als in nationalen Alleingängen. Wir müssen auch entscheiden, ob wir im Verhältnis zu den USA Partner oder Gefolgsleute sein wollen. Um als Partner von den Amerikanern ernst genommen zu werden, müssen wir lernen, gemeinsam zu handeln und auch die EU mit den notwendigen militärischen Fähigkeiten ausstatten, die sie zu einem echten globalen politischen Akteur machen, der auch für die Amerikaner ein ernst zu nehmender und nicht zu übersehender Partner ist.

Medieninhaber, Herausgeber und Offenlegung:
Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik A-2346 Ma. Enzersdorf-Südstadt, Erlaufstr. 7/1
Verantwortlich: Dr. Erich Hochleitner, Vorsitzender ÖIES. Der Newsletter erscheint periodisch und dient der unabhängigen Sachinformation über Fragen der europäischen Sicherheit.
Produktion: Studio Oranje Werbegrafik GmbH, 2371 Hinterbrühl
022033477M P.b.b. Erscheinungsort Maria Enzersdorf/Verlagspostamt A-2346 Maria Enzersdorf/Südstadt

Einzelpreis: € 1,10